

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgebern und in allen Städten erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Montag den 5. Mai 1930 Nummer 103

Der erste sächsische Bezirksparteitag der KPD einstimmig

Für die Generallinie der Komintern!

Unser Bezirksparteitag — eine wichtige Demonstration unserer Einheit und unseres bolschewistischen Kampfes

Dresden, den 5. Mai.
Sonntag und Montag tagte der Bezirksparteitag der KPD Sachsen. Es war der erste Parteitag nach vollzogener Reorganisation. Seine Aufgabe war es, unsere Arbeit seit Ende vorigen Jahres zu überprüfen, als auch die Marschroute und die vor uns liegenden Aufgaben festzulegen und zu umreißen. Er hat diese seine Aufgaben in weitestgehendem Maße erfüllt.

Er war ein Parteitag des Bewusstseins unserer Kraft und unserer Vorkämpfe. Es war weiter ein Arbeitstagung, die in bolschewistischer Selbstkritik alle Mängel und Fehler unserer Arbeit aufzeigte, aber gleichzeitig auch auf allen Gebieten unserer Arbeit Fortschritte unterbreitete, diskutierte und beschloß. Es war schließlich eine Demonstration der innerparteilichen Geschlossenheit unserer sächsischen Organisation im Kampfe gegen alle Abweichungen von der Generallinie der Partei. Die politische Resolution wurde von den 242 Delegierten einstimmig angenommen. Bei der Gesamtabstimmung aller Anwesenden (es waren über 100 geladene Gäste mit beratender Stimme und Mitglieder der Bezirksleitung anwesend) verlegten sich ganze zwei Stimmen, und zwar die Genossen Dpig und Winter gegen die politischen Beschlüsse des Parteitages. Mit Recht konnte deshalb Genosse Kemmer betonen, daß all jene Genossen, die auch jetzt noch in unserem Bezirk die Differenzen mit dem Genossen Kerker beizulegen, einen parteiunwürdigen Angriff gegen die Partei zu führen, eine deutliche und entschiedene Abgrenzung erfolgt worden ist, daß der Parteitag bewiesen habe, daß er mit seinem ganzen Gewicht, mit seiner ganzen Autorität gewillt sei, Schluß zu machen mit allen parteiunwürdigen Elementen, die uns den Weg zu den Massen verbaue.

Genosse Behner eröffnete und begrüßte den Parteitag. In das Präsidium, über dem in mächtiger Schrift Lenin's Wort stand: „Wo immer ich auch war, immer war der leitende Stern die Partei“, wurden als Ehrenmitglieder gewählt die Genossen Stalin, Molotow, Thälmann, Kemmer, Margies, die Genossin Anshin und die Jugendgenossin Dora Weiler. Ebensinnig, die unter der Bezeichnung „antimilitaristische Arbeit“ gelehrt zu haben, verhaftet worden ist. Nach einer Begrüßung durch eine Delegation des Jung-Spartakusbundes, Darbietungen der „Roten Fluten“ und Verlesung verschiedener Begrüßungsadressen entwickelte der Führer der sächsischen Organisation, der Genosse Kemmer, in mehr als zweistündigen Ausführungen die politische Lage und die Aufgaben der Partei.

Ausgehend von den Beschlüssen des Präsidiums des Offi und des Zentralkomitees unserer Partei behandelte er in seinem Referat alle politisch bedeutsamen Fragen: die internationale Lage, den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, die Verschärfung der Klassenkämpfe in Verbindung mit der revolutionären Entwicklung der Gesamtbewegung, die innerparteiliche Lage, die Mängel und Fehler in der vergangenen Arbeit, sowie die vor der Partei liegenden gewaltigen Aufgaben. Der Mittelpunkt seines Referates war die Frage der bolschewistischen Massenarbeit und im Rahmen dieser Aufgabe die Befreiung des „linken“ Sozialfaschismus, der keine absolut sächsischen Handlungen hinter radikalen

Thesen und sogar ausgesprochen revolutionären Parolen verfiel. Wenn wir auch schon wesentliche Fortschritte gemacht haben in der Herüberziehung sozialdemokratischer Arbeiter in das revolutionäre Klassenlager, so könne man von einem, trotz objektiver günstiger Umstände, entscheidenden Einbruch unserer Arbeit noch nicht zu sprechen. Um so härter sei das „linke“ Selbstvertrauen zu beurteilen, das der Partei jetzt unterliegt. Sie wolle nicht nur eine Verbesserung der Methode unserer Arbeit, sondern die Aenderung der Generallinie. Demgegenüber müsse gelagt werden, daß die Differenzierung zwischen sozialfaschistischen Führern und sozialdemokratischen Arbeitern auch nicht die geringste Schwächung unseres Kampfes gegen den Sozialfaschismus bedeute und das nach wie vor in der Durchführung unserer Linie zur Eroberung der Massen die Hauptgefahr der Rechtsopportunisten bleibe. Als unmittel-

bare Aufgabe nach Abschluß dieses Bezirksparteitages stehe vor uns die Mobilisierung der arbeitenden Massen zu Wirtschaftskämpfen. Hier, wo ein Ausweichen unmöglich ist, werde der „linke“ Sozialfaschismus am besten und entscheidendsten geschlagen werden können.

In seinem Schlußwort unterstrich Genosse Kemmer noch einmal die erfolgreiche Arbeit, die geleistet worden sei und in den Vorarbeiten auf allen Gebieten unserer Arbeit ihren Niederschlag habe. „Wir sind bereit“, so schloß er, „seit der Reorganisation ein Stück vorwärts zu kommen. Jetzt heißt es, auf dem Boden der gefassten Beschlüsse weiterarbeiten, besser arbeiten, die Massen für den Kommunismus gewinnen als der Sozialfaschismus zur Niederlage aller unserer Feinde.“

In der reichhaltigen anschließenden Diskussion sprach u. a. auch der Genosse Kemmer, der als Vertreter des

Befehlsausgabe sächsischer Industrieller

Sie fordern: „Starke Regierungsverwaltung“ gegen das revolutionäre Proletariat

Dresden, den 5. Mai.
Heute wird der interfraktionelle Ausschuss der sächsischen Regierungsparteien zusammentreten, um über den Vorschlag der „Bildung eines unpolitischen Kabinetts“ zu beraten.

Wie bekanntlich der Reichsverband der deutschen Industrie mit einer Demonstration nach außen Hülfsbedürfnisse Finanzreform einleitete und auch bei der Bildung des Brüning-Kabinetts die Banken in ultimativer Form den Willen des deutschen Volkstums zum Ausdruck brachten, so erscheint auch jetzt in Sachsen ein „Auftrag bekannter Männer der sächsischen Wirtschaft und Politik“. Es heißt in diesem Auftrag u. a.:

„Diese Lösung (gemeint ist Landtagsauflösung — d. Red.) ist keine Lösung, sondern ein Ausweg, der die sächsische Politik nicht ins Arge, sondern in weitere und größere Schwierigkeiten führen mag. Neuwahlen würden unsere unter der Wirtschaftskrise und der daraus folgenden Arbeitslosigkeit besonders schwer leidende Bevölkerung nur in neue Unruhe stürzen, ohne daß sie begründete Aussichten auf die Bildung eines arbeitsfähigeren Landesparlamentes eröffnen könnten.“

Die aus wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Gründen dringliche Verabschiedung des dem Landtage schon seit Wochen vorliegenden Staatshaushaltplanes verträgt keine weitere Verzögerung mehr, und die blutigen Diktoren der Stadt Leipzig fordern von allen Verantwortlichen jedes parteipolitische Opfer für die sofortige Wiederherstellung einer starken Regierungsgewalt. Die Mehrheit des sächsischen Volkes muß deshalb vom Landtag verlangen, daß die Wahl des Ministerpräsidenten am 6. Mai zustande kommt. Nach dem Scheitern aller parlamentarischen Versuche, die Regierung auf einer veränderten politischen oder persönlichen Grundlage zu bilden, fordern wir nunmehr alle aufbauwilligen und staatspolitischen

Fraktionen des Landtages auf, gemeinsam und geschlossen für die Wiederherstellung der Regierung Bürger einzutreten.“

Der Auftrag ist unterzeichnet u. a. vom Vorsitzenden des Verbandes der Hausbesitzervereine, von den Präsidenten verschiedener Handelskammern, vom Vorsitzenden des Verbandes sächsischer Industrieller. In der Gesellschaft fehlt auch nicht der deutsch-nationale Gewerkschaftsbund.

Aus diesem Auftrag spricht die große Furcht aller Parteien vor Neuwahlen und vor dem wachsenden kommunistischen Massenansturm. Darum stellen die Industriekapitäne der sächsischen Wirtschaft den bürgerlichen Parteien den Befehl, eine Landtagsauflösung zu verhindern und auf beschleunigtem Wege eine Bürgerblockregierung zu schaffen.

Gestützt auf die bewaffnete Staatsmacht, auf den Polizeiterror „links“ sozialdemokratischer Staatsfunktionäre, gestützt auf die faschistischen Terrorverbände soll eine „starke Regierungsgewalt“ das Hungerprogramm der sächsischen Kapitalisten gegen die arbeitenden Massen in Sachsen durchführen.

Um so notwendiger ist die Organisierung der proletarischen Gegenoffensive, die Verbindung des Kampfes der Kommunisten um Landtagsauflösung mit der Führung von Streikaktionen gegen Entlassungen, für Lohn-erhöhung, für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Gegen Dorbmüllers Tarifwucher!

Kommunistische Landtagsfraktion fordert Tarifsenkung zu verhindern

Antrag
Durch die Presse geht die Meldung, daß die Reichsbahnverwaltung beabsichtigt, eine Erhöhung der Personentaxe vorzunehmen.

Insbesondere wird darauf verwiesen, daß die Preise für Arbeiter, Wochen- und Monatskarten erhöht werden sollen. Durch diese Maßnahmen erhöht die Lebenslage der Arbeiter eine weitere Verschlechterung.

Der Landtag wolle deshalb beschließen: Die Regierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung zu fordern, daß diese auf die Reichsbahnverwaltung einwirkt, jede Erhöhung der Tarife zu unterlassen.

Dresden, den 3. Mai 1930.
Kemmer und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

„Sintowjew-Brief“ in USA

Newport, 5. Mai. (Zapretors-Meldung)
Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Amerikas erklärt, daß die von der Polizei veröffentlichten Dokumente Fälschungen sind. Das Zentralkomitee der KP Amerikas kennt in keiner Sowjetorganisation, Handelsvertretung usw. etwaige „Geheimagenten der Komintern“. Es ist eine unerschämte Lüge, daß die kommunistische Partei oder ihre Presse in irgendeiner Form oder aus einer in den Dokumenten genannten Quellen Subventionen bezogen habe. Eine „amerikanische Sektion des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale“ und einen angeblichen Unterzeichner der Dokumente Federoff gibt es nicht, ebensowenig wie es das „amerikanische Komitee der kommunistischen Partei“ gibt. Ferner stellen die kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale niemals gemeinsame Manuskripte aus. Die Veröffentlichung der Do-

Neuer Aufstand in Beschawar

Vormarsch der roten Truppen in Südschina

Tu Schanghai, 4. Mai.

Die chinesische Presse teilt mit, daß in der Hafenstadt Swatow ein kommunistischer Aufstand ausgebrochen sei. Die Regierungstruppen seien nicht imstande, den Aufstand niederzuwerfen. In den Provinzen Kwantung und Hupei verjachten die Aufständischen, die Macht an sich zu reißen und eine kommunistische Diktatur anzurichten. Die Lage, besonders in Südschina, sei sehr gespannt. Die chinesischen Handelskammern in Südschina sollen beschließen haben, eine eigene Bürgerwehr für den Kampf gegen den Kommunismus aufzustellen.

Sollte sich die obige bürgerliche Meldung über den Fall Swatow bestätigen, so wäre damit einer der wichtigsten Stützpunkte der Konterrevolution zur Verteidigung Kantons gefallen. Schon vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die nordringenden roten Truppen bis in die Nähe Swatows gelangt seien.

Moskau, 4. Mai.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet aus Kabul, daß nach dem von Indien unternommenen Versuch indische

Aufständische das die Stadt Beschawar beherrschende Fort erobert hätten. Beschawar sei zwar noch in den Händen der englischen Kommandantur. In der Stadt seien jedoch heftige Straßenkämpfe entbrannt. Die Eingeborenenpolizei und die Söldnertruppen weigerten sich, die Bewegung zu unterdrücken, und schlossen sich den Aufständischen an.

Macdonald sendet Truppen

Mailand, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Italienische Zeitungen melden aus Maila, daß die englische Arbeiterregierung am Sonntag ihre englische Truppentransporte nach Indien abgeändert hat.

Opfer der kapitalistischen Fron

Madrid, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

In einer Grube in der Provinz Murten erlag eine Frau am Sonntag ein heftiges Schlaganfall. 11 Bergarbeiter wurden verletzt und bisher 6 Tote gemeldet.